



Christine Lambrecht
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag, PLH 7.745, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73 286

Fax: (030) 227 – 70 286

 christine.lambrecht@bundestag.de

 www.christine-lambrecht.de

Presseinformation

Lambrecht: „Ausbildungsbonus schafft Chancen in unserer Region“

SPD Bundestagsabgeordnete Christine Lambrecht unterstützt unversorgte Ausbildungsplatzsuchende der letzten Jahrgänge

Berlin/Viernheim, 05.Juni 2008 - Chancetag im Bundestag: Der Ausbildungsbonus für Altbewerber wurde mit der Stimme der Bergsträßer Bundestagsabgeordneten Christine Lambrecht (SPD) verabschiedet. „Es geht um junge Menschen, die sich um einen Ausbildungsplatz bewerben und länger als ein Jahr keinen finden“, erklärte Lambrecht im Anschluss. „Schon mit dem nächsten Ausbildungsjahr ab 2008/2009 soll sich das ändern. Die Agentur für Arbeit im Kreis Bergstraße vergibt den Ausbildungsbonus für Altbewerber und unterstützt die Betriebe, wenn notwendig auch mit sozialpädagogischer Begleitung“. Der allgemeinen Entspannung am Arbeitsmarkt solle nun endlich auch bei den besonders förderungsbedürftigen Jugendlichen ankommen. „Dafür habe ich heute mit meiner Stimme die Grundlage im Deutschen Bundestag geschaffen. Ich freue mich mit den Jugendlichen, die nun neue Chancen haben“, erklärte Christine Lambrecht weiter. Die noch ausstehende Zustimmung des Bundesrates gilt als gewiss.

„Ich will, dass jeder Jugendliche ausgebildet wird, wenn möglich im Betrieb. Denn wer morgen Fachkräfte braucht, muss heute ausbilden“, stellte die SPD-Bundestagsabgeordnete Christine Lambrecht fest.

„Auch bei uns im Kreis Bergstraße gibt es momentan 1279 Bewerber, von denen 739 immer wieder Absagen erhalten oder in Warteschleifen verharren“, so Christine Lambrecht.



Christine Lambrecht
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag, PLH 7.745, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73 286

Fax: (030) 227 – 70 286

 christine.lambrecht@bundestag.de

 www.christine-lambrecht.de

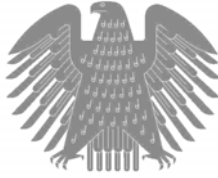
Presseinformation

Für diese Altbewerber werden ab Herbst 2008 Ausbildungsplätze mit einem Bonus zwischen 4.000 und 6.000 Euro gefördert und die betriebliche Ausbildung wird sozialpädagogisch begleitet. Hierbei sollen die Jugendlichen durch speziell ausgebildete Berufseinstiegsbegleiter individuell unterstützt werden, je nachdem wo die Agentur für Arbeit dies für notwendig hält. „Damit ist der Weg frei für neue und zusätzliche Ausbildungsplätze im Betrieb“, stellte Lambrecht fest.

Mit dem Ausbildungsbonus für Altbewerber werde ein Kernversprechen sozialdemokratischer Politik umgesetzt: Aufstieg durch Bildung und Ausbildung. „Dafür gehen wir neue Wege. Mit diesem Gesetz wird die Verantwortung der Bundesagentur für Arbeit für vorsorgende Arbeitsmarktpolitik gestärkt. Bis 2010 sollen bundesweit 100.000 zusätzliche betriebliche Ausbildungsplätze gefördert werden“, so Lambrecht.

Meist sind es Jugendliche mit Haupt-, Sonder- oder keinem Schulabschluss, die bisher vergeblich einen Ausbildungsplatz suchten. Deshalb sollen sie auch einen Rechtsanspruch auf den Bonus für Ausbildung haben, sofern es sich um einen zusätzlichen Ausbildungsplatz handelt. Jugendlichen und den Betrieben Sicherheit sei das Ziel der Sozialdemokraten. Altbewerber mit einem höheren Schulabschluss sollten natürlich nicht vergessen werden, auch sie können ab dem nächsten Ausbildungsjahr den Bonus erhalten.

„Den Erfolg unserer sozialdemokratischen Politik kann man auch daran erkennen, dass die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge steigt, aber wir können nicht länger mit ansehen, wie gleichzeitig die Chancen der Altbewerber auf einen Ausbildungsvertrag sinken.“ so Lambrecht. So ist die Zahl der Altbewerber bundesweit auf über 300.000 Jugendliche angestiegen, obwohl 2007 625.000 Ausbildungsverträge abgeschlossen wurden - so viele wie seit 1999 nicht mehr.



Christine Lambrecht
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag, PLH 7.745, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73 286

Fax: (030) 227 – 70 286

 christine.lambrecht@bundestag.de

 www.christine-lambrecht.de

Presseinformation

Doch Christine Lambrecht weist auch darauf hin, dass 13,7% der Hauptschüler in Hessen die Schule ohne Abschluss verlassen, was in einem wohlhabenden Land wie Hessen nicht hinnehmbar sei. Harte Kritik übt Sie auch an der hessischen Bildungspolitik: „Vor allem die Bundesländer sind gefordert, mehr in Schulen zu investieren, um so das Bildungsniveau und damit die Berufschancen der Jugendlichen zu verbessern. Die Union in Hessen hat dies in den letzten Jahren jedoch kläglich versäumt.“

Die SPD-Bundestagsabgeordnete Christine Lambrecht bekundet mit dem Ausbildungsbonus auch eine Erwartungshaltung an die hiesige Wirtschaft: „Jeder Jugendliche muss ausgebildet werden, keiner darf verloren gehen. Ich unterstützte von Seiten der Politik die Wirtschaft dabei, aber die Wirtschaft ist für die Ausbildung ihres Nachwuchses - auch im eigenen Interesse - selbst verantwortlich“, machte Lambrecht deutlich.

Nicht jeder Betrieb solle durch den Bonus gefördert werden, sondern nur jene, die mehr als bisher in Sachen Ausbildung tun. Damit wird Mitnahme vermieden.

Der Bonus ist Teil eines SPD-Gesamtkonzeptes für bessere Chancen junger Menschen. Auch bei der anstehenden Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente wird Christine Lambrecht gemeinsam mit Bundesarbeitsminister Olaf Scholz darauf achten, dass Deutschland die Kultur der zweiten Chance auch gesetzlich verankert: Jeder soll das Recht haben, einen Hauptschulabschluss nachzuholen. „Nur so gilt: Aufstieg durch Bildung!“, machte Christine Lambrecht deutlich.